

Hambacher Forst – Restwald roden oder nicht? – Anmerkungen des Fraktionsvorsitzenden der FDP Elsdorf im Stadtrat, Uwe Müller, zum Antrag der GRÜNEN im Hauptausschuss am 11.9.18

"Geht es nach meinen Gefühlen, gerade als gebürtiger Harzer, sollte der Restwald stehenbleiben. Auch die Art und Weise wie wir Elsdorfer bis jetzt am meisten unter den Belästigungen des Tagebaus gelitten haben, ohne ausreichende Wiedergutmachung, ist abzulehnen. Trotzdem hat mein Verstand obsiegt.



Im Vorfeld zu diesem Antrag irritierte Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) mit dem Vorschlag gegenüber dem Energiekonzern RWE, auf Rodungen im Hambacher Forst zu verzichten, bis die Kommission ihre Vorschläge u.a. zum Kohleausstieg vorgelegt habe. Sie hat als NRW-Wissenschaftsministerin die rot-grüne Entscheidung zu Garzweiler mitgetragen. **Teil dieses Beschlusses war, die Planungen für die Tagebaue Hambach und Inden unverändert zu lassen.** Die Notwendigkeit der Fortführung des Tagebaus und ihre Bedeutung für eine stabile Energieversorgung hat die ehemalige rot-grüne Landesregierung offenbar erkannt.

Auch die NRW-Grünen fühlen sich an die getroffenen Entscheidungen in ihrer Regierungszeit offensichtlich nicht mehr gebunden und kritisieren gleichermaßen die Rodungspläne von RWE, die aus rechtlicher Sicht absolut unkritisch sind. Das schafft Unsicherheit und ist unverantwortlich.

Fakt ist also, dass RWE im Hambacher Forst roden darf, sofern das OVG Münster dem Eilantrag des BUND nicht doch noch in Gänze stattgibt. Betrachtet man die vergangenen Jahre gab es ein dauerndes Hin und Her, Rodung ja, Rodung verboten. Dies hat für das RWE, dass planen muss, zu hoher Unsicherheit geführt. Sehr schädlich für **jedes** Unternehmen.

Die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung hat sich noch nicht klar zum Thema positioniert, in meinen Augen sollten die aktuellen Vorgänge im Hambacher Forst auch nicht Teil der doch eher langfristigen Überlegungen der Kommission sein und sind somit davon zu trennen. Die Frage ist, ob sie dazu überhaupt willens, berechtigt und in der Lage ist. Denn wie auch immer diese Entscheidung aussähe, sie wäre eine Vorentscheidung über das große Thema Kohleausstieg – zumindest würde sie so wahrgenommen.

Die Verantwortung für Klimaschutz und damit auch für den Ausstiegstermin aus der Braunkohleförderung und der Kohleverstromung in Deutschland liegt bei der Politik, bei der Bundes- und den Landesregierungen.

Eins dürfte auch klar sein, ein sehr viel früherer Ausstieg aus der Kohleförderung wird wie bei den AKWs für den Staat zu sehr hohen Schadensersatzansprüchen führen.

Stark weiche ich von der Einschätzung ab, es sei „ausreichend Strom vorhanden“. Gerade unter Berücksichtigung der zurückgehenden und bis 2022 komplett aus dem Markt gehenden Kapazitäten der Kernenergie in Deutschland und den noch stark im Ausbau

befindlichen Übertragungskapazitäten sollte man vermeiden, gleichzeitig weitere Grundlastkapazitäten vom Netz zu nehmen, wenn man nicht gleichzeitig verstärkt Strom aus Kernkraftwerken in Belgien (wie dem Schrottmeyer Tihange) oder Frankreich importieren möchte. In den Augen der GRÜNEN doch wohl kontraproduktiv. Hinzu kommt der steigende Bedarf an E-Autos, noch mehr Prozessautomation, Unterhaltungselektronik etc.

Anmerkung: Guter Energiemix reduziert Abhängigkeiten und fördert Preisstabilität, gerade für sozial Schwächere wichtig.

Auch birgt der sofortige Ausstieg hohe Risiken bzgl. neuer Arbeitsplätze. Diese entstehen nicht von jetzt auf gleich und möglicherweise nicht in kompensierbarer Zahl.

Zurück zum Restwald - Anmerkungen: Technische Argumentation spricht dagegen: Die schräge erforderliche Böschung wäre kaum darstellbar, eine Umsiedlung seltener Tiere wäre denkbar.

Das Thema war viel früher schon entschieden worden. Immer das Problem, wenn die Planungshorizonte zu lang sind, gleich etliche Jahrzehnte. Im Übrigen: Der Antrag betrifft die Stadt Elsdorf gar nicht, wo war in den letzten Jahrzehnten, als der Wald in Elsdorf der Rodung zum Opfer fiel, KERPEN??? Experten haben in der Materie deutlich mehr Ahnung als wir, die Presse ist voller Argumente von denen, was können wir HA Mitglieder beitragen außer Solidarität?

Ich bin auch kein großer Freund von RWE, aber sie haben einen gültigen Rahmenbetriebsplan, der schon da war, bevor die Strukturwandelkommission aktiv wurde. Somit kann wie oben erwähnt das Unternehmen Planungs- und Rechtssicherheit erwarten.

Zudem wird von einigen Mitgliedern des Bundestages (LINKE und Grüne) offen mit den Aktivisten aus dem Wald sympathisiert, die zu einem nicht unerheblichen Teil aus dem linksautonomen Umfeld (teilweise aus ganz Deutschland und aus dem europäischen Ausland) kommen und meiner Einschätzung nach einfach gerne die Exekutive herausfordern. Von rein friedlichem Protest hat man sich dort schon lange verabschiedet, was die aktuelle Berichterstattung um die Polizeieinsätze auch belegt, sowie die Erfahrungen aus vergangenen Räumungen.

Ich bin der Meinung, dass der Rechtsstaat hier eine klare Linie fahren sollte, jedoch nicht in übereilte Handlungen zu verfallen. *Am Rande bemerkt: Hysterie - typisch wie der Merkel Beschluss des sofortigen Atomausstiegs -. Welches europäische Land ist denn mitgezogen? Weltweit sind derzeit über 200 im Bau oder geplant. China allein 60, England ein Riesenmeiler, Frankreich besitzt fast 80, wir gerade noch 9. Atomenergie ist fast weitestgehend beherrschbar und Atomstrahlen machen nicht vor der Grenze hält. Wir hatten mal eine technologische Spitzenstellung auf dem Gebiet der friedlichen Atomenergienutzung. Seit Fukushima vorbei.*

Fazit: Die FDP lehnt in dieser Form den Antrag der Grünen ab. Ein 10 Jahre früheren Ausstieg wäre denkbar mit der Option der Verlängerung je nach energiewirtschaftlicher Lage. Schade für den Restwald, der geopfert werden wird."

Uwe Müller | Vorsitzender der FDP Fraktion im Rat der Stadt Elsdorf